

Politische Bildung im Lebenslauf

Einführung in die Thematik des Heftes¹

Elisabeth Meilhammer / Eva Matthes

„Demokratie braucht politische Bildung. Wirklich? Ist sie denn so schwach, dass sie immerzu pädagogischer Stützung bedarf, so undurchsichtig, dass sie ständig zu durchleuchten und zu erklären ist, so unattraktiv, dass die Bürgerinnen und Bürger erst mit ‚Überzeugungsarbeit‘ dazu gebracht werden müssen, ihre politischen Rechte wahrzunehmen? Kann die Demokratie nicht einfach ‚aus sich selbst‘ existieren, kann sie nicht aus eigener Erfahrung, aus Versuch und Irrtum lernen? Braucht sie im Ernst umfassende pädagogische Hilfe, umständlich-beflissene Vorarbeit und Nacharbeit, damit sie wirklich funktioniert? [...] Keiner anderen Staatsform ist so viel Skepsis entgegengebracht, sind so viele Vorbedingungen gestellt, so viele Auflagen gemacht worden wie der Demokratie. Dazu gehört auch ihre Pädagogisierung.“ (MAIER 2004, 11)

Mit diesen provokativen Worten fragte im Jahr 2004 der Politikwissenschaftler und ehemalige bayerische Kultusminister HANS MAIER nach dem Verhältnis von Demokratie und politischer Bildung – und gab dann selbst die Antwort: „Bildung ist für uns nicht einfach die *conditio sine qua non* der Demokratie, ihre Voraussetzung, ihr Ermöglichungsgrund – sie ist für uns eher so etwas wie eine Begleitstimme demokratischer Ordnungen, ein unentbehrlicher Kommentar, ein Versuch, zu verstehen und verständlich zu machen.“ (ebd., 13)

Fünfzehn Jahre später sehen wir uns heute einer Situation gegenüber, in der die Demokratie vor neuartige Herausforderungen und Gefährdungen gestellt ist. Hierzu gehören (vgl. MEILHAMMER 2018, 212 f.) die drei Zeitdiagnosen der *Postdemokratie* – eines Gemeinwesens, in dem es zwar Wahlen gibt, aber die Mehrheit der Bevölkerung sich passiv verhält, wohingegen den PR-Expert*innen die Kontrolle über die öffentliche Debatte zukommt (vgl. CROUCH 2008, 10), der „*Postfaktizität*“, für die die Phänomene bedeutsam sind, die mit Stichworten wie „Fake News“, „alternative Fakten“ oder Desinformation umschrieben werden (vgl. z. B. RUSS-MOHL 2017; KLOUBERT 2018) und der *demokratiegefährdenden Digitalisierung*, die die beiden anderen Zeitdiagnosen allgegenwärtig und unumstößlich macht (vgl. z. B. RUSS-MOHL 2017; O’NEIL 2018; BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG 2019). Hinzu kommen weitere Zeitdiagnosen, so die des *Populismus* (vgl. z. B. WOLF 2017) und des weit verbreiteten und weiter zunehmenden *Antisemitismus* in der Öffentlichkeit und sogar in den Par-

¹ Für ihre engagierte Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung dieses Heftes danken wir Frau Dipl.-Päd. Myriam Nicolaus-Pannke sehr herzlich.

lamenten (vgl. z. B. DEUTSCHER BUNDESTAG 2017; BERNSTEIN 2019; ZELLER 2019).

Gleichzeitig berichten Medien häufig von „Politikverdrossenheit“ in der Bevölkerung (vgl. hierzu z. B. CHRISTOPH 2012), von einer Distanz junger Menschen zur Politik (vgl. z. B. v. SCHWARTZ / CALMBACH / MÖLLER-SLAWINSKI 2017, 17 f.), von der weiten Verbreitung von – demokratiefeindlichen – Verschwörungstheorien in der Gesellschaft (vgl. z. B. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG 2019, 7) oder auch von einer erschreckenden Ahnungslosigkeit Jugendlicher, was ihre Kenntnisse der politischen Systeme des Nationalsozialismus und der DDR betrifft, oder allgemeiner, was ihre Kenntnisse darüber betrifft, was eine Demokratie von einer Diktatur unterscheidet, und daraus folgend, wie sie die unterschiedlichen politischen Systeme in Deutschlands Vergangenheit und Gegenwart bewerten (vgl. SCHROEDER / DEUTZ-SCHROEDER 2017). Auf der anderen Seite wird eine hohe Zustimmung zur Demokratie in der Bevölkerung konstatiert (vgl. z. B. GAISER / GILLE / DE RIJKE 2016; JACOBSEN / KROH 2018), auch ein positiver Bezug junger Menschen zur Demokratie (vgl. SCHNEEKLOTH 2016, 173 ff.); mindestens seit Beginn der „Fridays For Future“-Bewegung ist auch ein politisches Engagement insbesondere junger Menschen für ihre Zukunft wieder sehr sichtbar.

Angesichts all dieser Entwicklungen gewinnt die Frage nach der Beständigkeit der Demokratie wieder an aktueller Bedeutung und an Interesse (vgl. FRIEDENTHAL-HAASE 2018, 152 f.); das Bewusstsein dafür steigt, dass die Demokratie nicht einfach eine selbstverständliche dauerhafte Gegebenheit, sondern „ein kostbares und krisenhaft gefährdetes Gut“ (ebd., 152) ist, Institution und Prozess zugleich (vgl. ebd., 162), die beide der Pflege und Stärkung bedürfen. Damit ist wieder verstärkt der Blick auf die Bildung gerichtet, der zwar nicht ausschließlich diese Aufgaben der Pflege und Stärkung der Demokratie zukommen, die aber doch – und darüber dürfte in Wissenschaft und Gesellschaft Konsens bestehen – hierfür als hochbedeutsam, ja als unerlässlich gilt. In diesem Zuge kommen allerdings auch vielfach

„Zweifel und Sorge auf, ob die allgemeine Bildung in Deutschland und in Europa für ein Leben in der Demokratie ausreicht, ob die Jugend auf das anspruchsvolle Leben als Demokraten vorbereitet ist, ob die Erwachsenen sich den Anforderungen des demokratischen Prozesses hinreichend verpflichtet fühlen, ob sie über die Demokratie genug wissen, sich ihr kognitiv und emotional, mit Kopf und Herz, verbunden fühlen.“ (FRIEDENTHAL-HAASE 2019, 50)

Die Demokratie, so die Erkenntnis, braucht ein Fundament von Wissen, Werten und Haltungen, das im Kindes- und Jugendalter grundgelegt und im Erwachsenenalter weiterentwickelt und gestärkt werden muss. Damit wird zweierlei deutlich: erstens, dass die Demokratie der politischen Bildung

bedarf, welche ihre spezifische Mission darin sieht, sich den genannten anspruchsvollen Aufgaben zu widmen, und zweitens, dass die politische Bildung nicht als eine bloße Angelegenheit eines einzelnen Lebensalters gelten kann, schon gar nicht einer einzelnen Institution, sondern im gesamten Lebenslauf vonnöten ist, verankert in schulischen wie außerschulischen Institutionen, an vielfältigen Lernorten und auch in Verbindung mit gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen.

Dies macht eine permanente Kommunikation und Vergewisserung der im Bereich der politischen Bildung in Wissenschaft und Praxis Tätigen nötig, zumal sich mit der Gesellschaft auch die Demokratie wandelt. Daher ist ein Austausch über je zeitgemäße Ausdrucksformen, Formate, Spezifika und Herausforderungen der Demokratie und der politischen Bildung in der Demokratie nötig.

Hierbei ist auch ein Austausch über Grundbegriffe und Grundprobleme der politischen Bildung nötig, was etwa am Beispiel des – immer wieder missverständlichen – Neutralitätsbegriffs ersehen werden kann. So dürfte sich die Fachöffentlichkeit weithin darüber einig sein, dass in der Demokratie die politische Bildung die selbstständige Meinungs- und Urteilsbildung fördern soll, und zwar sowohl in einer Weise, die der Pluralität und den gesellschaftlichen Kontroversen gerecht wird, als auch in einer Weise, die fest auf dem Werteboden der freiheitlichen Demokratie steht. Zur Bezeichnung eines solchen Aufgabenverständnisses hatte sich schon in der Erwachsenenbildung der Zeit der Weimarer Republik die Verwendung des Begriffs der Neutralität etabliert. Dieser Begriff unterschied sich inhaltlich deutlich von dem, was zuvor, im Deutschen Kaiserreich, unter Neutralität verstanden worden war: Der neue Neutralitätsbegriff wendete sich *gegen* Ausblendung von Kontroversen im Unterricht, *gegen* Meinungsabstinenz, *gegen* eine blasse, sich wertfrei gerierende Rolle von Dozierenden. Vielmehr bezeichnete der Neutralitätsbegriff, so wie er in den 1920er-Jahren weithin verwendet wurde, eine Haltung, die sehr nahe an dem war, was Jahrzehnte später als Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses bekannt wurde (vgl. hierzu ausführlich MEILHAMMER 2008). Lesen wir heute – in zahlreichen Beiträgen zur politischen Bildung – aber, was zur Neutralität in der politischen Bildung geschrieben wird, so ist der oftmals stillschweigend zugrunde gelegte Neutralitätsbegriff weit davon entfernt, anzuknüpfen an das, was schon vor beinahe hundert Jahren, und auch später wieder, diskutiert und herausgearbeitet worden ist; vielmehr scheint der Neutralitätsbegriff von seiner – oft impliziten – inhaltlichen Bestimmung her wieder zurückzukehren zu dem traditionellen, für das Deutsche Kaiserreich typische Verständnis des Neutralitätsbegriffs als Meinungsabstinenz. Sich von dieser überholten Verwendung des Neutralitätsbegriffes aber klar abzugrenzen, wäre die richtige Antwort auf die aktuell sehr viel Aufsehen erregende und Diskussionen auslösende Initiative „Neutrale Schule“ der AFD (vgl. hierzu etwa auch den auf die

Verfassung und die Menschenrechte bezogenen, nicht meinungsabstinenten Neutralitätsbegriff des DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR MENSCHENRECHTE: NIENDORF / REITZ 2019).

Dieses Heft will einen Beitrag zum fachlichen Austausch über aktuelle Fragestellungen der politischen Bildung leisten. Dabei wird der Blick auf die gesamte Spanne des Lebenslaufs gelenkt. Es soll damit eine Zusammenschau ermöglicht werden, was in unterschiedlichen Bildungsbereichen die je drängenden Fragen und was neue Initiativen in der politischen Bildung sind, und damit soll auch das Gespräch zwischen den einzelnen Repräsentant*innen der verschiedenen Bereiche im großen Feld der politischen Bildung angestoßen oder vertieft werden.

Der Reigen der Beiträge beginnt mit einem Grundsatzartikel des Präsidenten der BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, THOMAS KRÜGER. Er begründet die Notwendigkeit einer lebenslangen Bildungsaufgabe zum „Homo Politicus“ in einer auf mündige Bürger*innen angewiesenen Demokratie. In seinem Beitrag beschreibt er zum einen bestehende Defizite im Bereich der politischen Bildung – Unterrepräsentanz der politischen Bildung in der Schule, fehlende Verankerung derselben im Erwachsenenleben. Zum anderen thematisiert er spezifische Herausforderungen politischer Bildung in der gegenwärtigen diversifizierten Gesellschaft: Kritische Medienbildung als Antwort auf zunehmende Verrohung des netzöffentlichen Diskurses; passgenaue und didaktisch-methodisch innovative Angebote für unterschiedliche Zielgruppen, nicht zuletzt auch für politikferne bzw. -skeptische Bevölkerungsgruppen; Berücksichtigung der in der politischen Bildung lange vernachlässigten Emotionen; transkulturelle Bildung als produktiver Umgang mit kultureller Vielfalt.

Die von THOMAS KRÜGER bereits angesprochenen Defizite und Herausforderungen in der politischen Bildung in der Schule werden in dem Beitrag der an der TU DRESDEN lehrenden Politikdidaktikerin ANJA BESAND vertieft. Sie zeigt zunächst, welche hohe Bedeutung der politischen Bildung, auf der Basis der in den Verfassungen formulierten Bildungsziele, zukommt und wie sehr sich die schulische Realität – bereits rein quantitativ, also stundenanteilmäßig betrachtet – davon negativ unterscheidet. Auch in der Zuschreibung der politischen Bildung als überfachliche Aufgabe werden – wie auch Lehrkräfteumfragen bestätigen – die Defizite nicht ausgeglichen. Politische Bildung zielt nach BESAND auf drei zentrale Kompetenzen: Politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit, methodische Fähigkeiten. Daraus folgert sie für die politische Bildung der Schule, dass diese im Sinne des „Beutelsbacher Konsenses“ gestaltet sein müsse, wobei jedoch das Kontroversitätsgebot keine wertfreie Haltung der Lehrkraft impliziere, sondern diese sich in den Dienst der Demokratie und der diese begründenden Werte zu stellen habe.

Der Inhaber der einzigen Professur für Erwachsenenbildung mit dem Schwerpunkt politische Bildung an einer deutschen Universität, HELMUT BREMER, und seine wissenschaftliche Mitarbeiterin JANA TRUMANN betonen in ihrem Artikel, dass die Erwachsenenbildung ihre politische Dimension wahrnehmen und an ihre historische Aufgabe anknüpfen solle, Teil des Demokratisierungsprozesses einer Gesellschaft zu sein. Eine Voraussetzung hierfür sehen die beiden Verfasser*innen darin, von einem weiten Politikbegriff auszugehen, um unterschiedlichste politische Artikulationsformen in den Blick zu bekommen. Diese korrespondierten mit der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft. Speziell benachteiligte Milieus bedürften einer „aufsuchenden Bildungsarbeit“ und der Berücksichtigung einer Vielfalt lebensweltlicher Lernorte. Als einen ihnen sehr wichtigen Aspekt hierbei heben BREMER und TRUMANN noch hervor, dass die beruflichen Erfahrungen und Lebenssituationen immer auch eine politische Dimension aufwiesen und berufliche, allgemeine und politische Bildung integrativ zu denken seien.

Die in Theorie und Praxis der politischen Bildung engagierten Wissenschaftler*innen CHRISTIAN BOESER-SCHNEBEL, KARIN B. SCHNEBEL und FLORIAN WENZEL konstatieren in ihrem Beitrag zunächst eine besorgniserregende Polarisierung der politischen Auseinandersetzung mit Absolutsetzungen der je eigenen Positionen und Abwertung Andersdenkender. Die politische Bildung müsse verstärkte Anstrengungen unternehmen und neue Formen entwickeln, um folgenden drei zentralen Prinzipien wieder stärkere Durchsetzungskraft zu verleihen: der Anerkennung von Vielfalt, der Bereitschaft zu kritischer Selbstreflexion und der Verpflichtung zur Einhaltung demokratischer Standards. Hierfür seien neue Konzepte nötig. Die Verfasser*innen des Beitrags stellen exemplarisch die – von ihnen bereits in der Praxis erprobten – Formate des „Dorfgesprächs“, der „Langen Nacht der Demokratie“ und ein „Argumentationstraining gegen Populismus und Stammtischparolen“ zur Stärkung von Urteils- und Handlungskompetenzen von Bürger*innen in der Demokratie vor.

Der letzte thematische Artikel stellt die Ergebnisse einer von ELISABETH MEILHAMMER und ihrem damaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter FALK SCHEIDIG in den Jahren 2013 bis 2015 durchgeführten empirischen Untersuchung eines Besuchs im Parlament als Ort der politischen Erwachsenenbildung vor. Ausgehend zum einen von der Bedeutung, die dem Parlament innerhalb eines demokratischen Staates zukommt, und zum anderen von der großen Zahl an erwachsenen Besucher*innen der Parlamente, stellt die erwachsenenbildnerische Erforschung dieses Lernorts eine wichtige, bisher vernachlässigte Aufgabe dar. Die Auswertung der Befragung von Besucher*innen des BAYERISCHEN LANDTAGS bringt aufschlussreiche Ergebnisse: einerseits – und dominant – eine Zunahme an Wissen und neue politische Perspektiven; andererseits aber bei einer kleinen Gruppe auch eine Verschlechterung ihrer Einschätzung von Abgeordneten und deren Arbeit. Die

Verfasser*innen regen deshalb eine politikdidaktische Rahmung der Besucherprogramme an, in der etwa die parlamentarischen Arbeitsabläufe erläutert werden könnten, um somit Missverständnissen entgegenzuwirken.

Für den „Forum“-Beitrag waren der Vorsitzende ULRICH BALLHAUSEN und die Geschäftsführerin INA BIELENBERG des ARBEITSKREISES DEUTSCHER BILDUNGSSTÄTTEN (ADB E. V.) bereit, drei grundsätzliche Fragen zur politischen Bildung in der außerschulischen Jugend- und in der Erwachsenenbildung zu beantworten. Auch in ihren Antworten findet sich – wie auch in den bereits vorgestellten Beiträgen – erstens die Betonung der grundsätzlichen Notwendigkeit der politischen Bildung für die Demokratie weit über die Bewältigung spezifischer Herausforderungen bzw. das „Löschen von Brandherden“ hinaus und zweitens die Akzeptanz der Pluralität von Angeboten, allerdings mit normativer Verpflichtung auf Demokratie und Menschenrechte. Der Hinweis auf notwendige neue didaktisch-methodische Formen politischer Bildung korrespondiert mit entsprechenden Betonungen und Konkretisierungen in den Beiträgen. Erstaunlich ist vielleicht der Optimismus über die Reichweite und Wirkung politischer Bildungsarbeit, die in den Antworten zutage tritt.

Möge uns dieser Optimismus – gerade auch angesichts der geschilderten Herausforderungen der Demokratie – Mut machen, uns in Theorie und Praxis für eine politische Bildung im Lebenslauf einzusetzen und uns an unseren jeweiligen Wirkungsstätten für diese stark zu machen!

Literatur

- BERNSTEIN, MARTIN (2019): „Fremdenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus haben Fuß gefasst“. In: Süddeutsche Zeitung, 27. April 2019. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/befreiung-kz-dachau-antisemitismus-1.4421599> (12.05.2019).
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.) (2019): Dossier: Digitale Desinformation. 5.5.2019. <http://www.bpb.de/gesellschaft/digitales/digitale-desinformation/> (12.05.2019).
- CHRISTOPH, KLAUS (2012): „Politikverdrossenheit“. 6.1.2012. <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61504/politikverdrossenheit> (12.05.2019).
- CROUCH, COLIN (2008): Postdemokratie. Bonn.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Drucksache 18/11970, 07.04.2017. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> (12.05.2019).
- FRIEDENTHAL-HAASE, MARTHA (2019): Neubau auf Traditionsgrund in Jena – Universität und Volkshochschule nach dem Ende der deutschen Teilung. In: JENAKULTUR – VOLKSHOCHSCHULE JENA (Hrsg.): 100 Jahre Volkshochschule Jena. Jena, 44–51.
- FRIEDENTHAL-HAASE, MARTHA (2018): Keine illegitime Tochter der Demokratie – ein historischer Blick auf die deutsche Volkshochschule anlässlich ihres

100. Geburtstags. In: *Bildung und Erziehung*, 71 (2): 100 Jahre Volkshochschule, herausgegeben von HERIBERT HINZEN und ELISABETH MEILHAMMER, 152–164.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2019): Kurzzusammenfassung [Mitte-Studie 2019]. <https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie> (12.05.2019).
- GAISER, WOLFGANG / GILLE, MARTINA / DE RIJKE, JOHANN (2016): Einstellungen junger Menschen zur Demokratie: Politikverdrossenheit oder politische Kritik? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66 (40–42), 4. Oktober 2016, 36–41.
- JACOBSEN JANNES / KROH, MARTIN (2018): Einstellungen zur Demokratie in Deutschland und im internationalen Vergleich. In: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 67 (2), 233–241.
- KLOUBERT, TETYANA (2018): Mündigkeit in „postfaktischer“ Zeit: Facetten eines Leitmotivs der Demokratiebildung heute. In: *Hessische Blätter für Volksbildung*, 68 (3), 217–226.
- MAIER, HANS (2004): Demokratie braucht politische Bildung. In: BREIT, GOTTHARD / SCHIELE, SIEGFRIED (Hrsg.): *Demokratie braucht politische Bildung*. Bonn, 11–26.
- MEILHAMMER, ELISABETH (2018): Erwachsenenbildung für die Demokratie – Erwachsenenbildung in der Demokratie: Verortungen und Problemlagen. In: *Hessische Blätter für Volksbildung*, 68 (3), 208–216.
- MEILHAMMER, ELISABETH (2008): Das bildungstheoretische Problem der Neutralität. Von der Meinungsabstinenz zur Meinungsgerechtigkeit. Paderborn u. a.
- NIENDORF, MAREIKE / REITZ, SANDRA (2019): Schweigen ist nicht neutral. Menschenrechtliche Anforderungen an Neutralität und Kontroversität in der Schule. DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE (Hrsg.), Information Nr. 25, April 2019. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/schweigen-ist-nicht-neutral/> (21.05.2019).
- O’NEIL, CATHY (2018): Angriff der Algorithmen. Wie sie Wahlen manipulieren, Berufschancen zerstören und unsere Gesundheit gefährden. Bonn.
- RUSS-MOHL, STEPHAN (2017): Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet. Köln.
- SCHNEEKLOTH, ULRICH (2016): Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: SHELL DEUTSCHLAND HOLDING (Hrsg.): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Bonn, 153–200.
- SCHROEDER, KLAUS / DEUTZ-SCHROEDER, MONIKA (2017): Diktatur oder Demokratie? Defizite im zeitgeschichtlichen Wissen. KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, Analysen & Argumente, Ausgabe 255, Juni 2017. <https://www.kas.de/analysen-und-argumente/detail/-/content/diktatur-oder-demokratie-> (12.05.2019).
- SCHWARTZ, MAXIMILIAN VON / CALMBACH, MARC / MÖLLER-SLAWINSKI, HEIDE (2017): Generation What? Europabericht. <https://www.br.de/presse/generation-what-europaeischer-abschlussbericht-102.html> (12.05.2019).
- WOLF, REINHARD (2017): Die Selbstgefälligkeit der Intelligenz im Zeitalter des Populismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 67 (44/45), 04–10.
- ZELLER, HELMUT (2019): 74. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau: Der Hass ist zurück. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28. April 2019. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/kz-dachau-befreiung-jahrestag-1.4425440> (12.05.2019).